



Juli/August 1997

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS**SOV**
SOZIALISTISCHE OFFENSIVE FÖRDERUNG**Sozialistisch • Antifaschistisch • International****öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 75

SPARPAKET III

Schon unterwegs

Lohnraub, Rentenklau und Sozialabbau - die Pläne der SPÖVP-Regierung. Um diese durchzusetzen hetzen Regierung, „unabhängige“ WissenschaftlerInnen und bürgerliche Medien gegen „bevorzugte Gruppen“ in der Gesellschaft. Wer gehört zu diesen „Privilegierten“, auf die sie es abgesehen haben? Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Arbeitslose, Frauen, Kranke und Pflegebedürftige, SchülerInnen und StudentInnen, PensionistInnen, Öffentlich Bedienstete und letztlich alle ArbeitnehmerInnen.

Thomas Kerschbaum
Personalvertreter
SOV Wien West

Durch die „Spar“pakete 1+2 brachten die ArbeitnehmerInnen mittels Steuererhöhungen und Sozialabbau mehrere Milliarden Schilling Opfer. Damit nicht genug, nun steht uns ein permanentes „Sparpaket“ ins Haus. Die Begründungen bleiben gleich: Der Staat sei so überschuldet, müsse so viele Zinsen zahlen, er habe zu wenig Einnahmen und zu viele Ausgaben, es müsse bei sozialen Leistungen gekürzt werden, die Menschen leben zu lange, also müßten die Pensionen gekürzt werden...

Bluten für Profite?

Für wen aber sollen wir diese Opfer bringen? Damit der „Standort Österreich“ gesichert wird, also eine hohe Profitrate für die Kapitalisten bringt. (Dafür müssen die Steuern der Kapitalisten und Reichen gesenkt, die Arbeitszeit flexibilisiert, Löhne und Arbeitslosengeld reduziert werden.) Für „die Stabilität“, damit Österreich die Konvergenzkriterien der EU erreicht. (Dafür müssen die Ausgaben des Staates radikal gekürzt werden: d.h. Abbau von tausenden Öffentlich Bediensteten, Kürzung bei Pensionen, Sozialleistungen, beim Gesundheitswesen und bei der Bildung.) Mit Standort“logik“ und Maastrichtkriterien über Unternehmer und Regierungen international Druck auf die ArbeiterInnenklasse aus.

Die Ideen der Regierung:

Einschnitte im Sozialbereich, die Ersparnisse von 16 Mrd. Schilling für das Budget 97/98 bringen sollen. Nachdem die Arbeitslosen bereits

bei den ersten beiden Sparpaketen draufzahlen, soll nun die Arbeitslosenversicherung um weitere 5,5 Mrd. geplündert werden. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wurde durch Verbreiterung der Rechenbasis gesenkt, die Notstandshilfe nach oben begrenzt und die Inflation wird, ebenso wie bei den Sozialleistungen, nicht abgegolten.

Sozialministerin Hostasch will die Höchstbeitragsgrundlage bei der Sozialversicherung (ASVG) von 40.800 auf 45.000 Schilling anheben. Das ist zwar eine Belastung für die paar Prozent Großverdiener. Trotzdem ist diese Maßnahme nur ein Scheingefecht, denn das große Kapital bleibt nach wie vor ungeschoren. Lediglich jeweils 500 Millionen sollen Unternehmer und Bauern mehr an SV-Beitrag bezahlen. Die Wirtschaftskammer hat bereits angekündigt, diese „Belastung“ ihres Klientels nicht zu akzeptieren.

SV-Pflicht für alle?

Alle Erwerbseinkommen sollen sozialversicherungspflichtig werden. An sich nicht schlecht, da die atypischen Beschäftigungsverhältnisse und die geringfügige Beschäftigung aufgrund der Flexibilisierung weiter zunehmen. Der springende Punkt: Die Unternehmer wollen sich die SV-Beiträge ersparen. Nur steht noch nicht einmal fest, welche sozialen Leistungen mit diesen sehr niedrigen Löhnen erworben werden sollen. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 20.000. Ende Mai waren 166.749 Personen, davon 120.754 Frauen, geringfügig beschäftigt, d.h. sie verdienten nicht mehr als monatlich 3.740 S. Bis jetzt heißt das: keine Kranken- und Pensionsversiche-

rung. Die Unternehmer haben durch die Ausweitung „flexibler“ Beschäftigungsmodelle enorm profitiert. Es ist deshalb völlig inakzeptabel, wenn sie jetzt versuchen, die Kosten für die SV-Pflicht auf die ArbeitnehmerInnen überzuwälzen.

Pensionsreform

„Das faktische soll an das gesetzliche Pensionsalter herangeführt werden“. Was heißt das? Die ArbeitnehmerInnen sollen durch Schikanen gezwungen werden, auch wenn sie krank sind, weiter zu arbeiten. Bei den öffentlich Bediensteten hat die Regierung gezeigt, wie es geht: Die Pension wird für jedes Jahr vor dem gesetzlichen Pensionsalter um 2 % gekürzt, es gibt Schikanen bei der ärztlichen Kontrolle und die Möglichkeit, frührentierte BeamtenInnen zu „reaktivieren“. Die Krankenstände und Kuranträge sind bereits dramatisch zurückgegangen. Grüne? Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Repression, vor Mobbing und vor Einkommensverlust. Vorschläge zur Pensions-Kürzung gibt es genug: Bei BeamtenInnen die Einführung eines Durchrechnungszeitraumes für die Ermittlung der Pensionshöhe ab 1999 bzw. bei den ASVG-Pensionen die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraumes von 15 auf 20 Jahre. Letzteres bedeutet vor allem für viele Frauen - die schon jetzt Probleme haben, die Versicherungszeiten „zusammen zu bekommen“ - den sicheren Absturz in die Armut.

Kampfmaßnahmen notwendig

Die Regierung privatisiert ein staatliches Unternehmen nach dem anderen - zuerst die Industrie, die Salinen, jetzt die Banken, bald die PSK,



Widerstand wird immer notwendiger!

Austria Tabak, AUA, Flughafen, Verbund, Staatsdruckerei. Steuern und Gebühren werden erhöht, Leistungen abgebaut. Während neue Jobs versprochen werden, stehen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft tausende Arbeitsplätze auf der Abschüttliste. Der Lebensstandard breiter Schichten der Bevölkerung wird zurückgeschraubt - die „Null-Lohnrunde“ wird immer beliebter. Das ist die politische Offensive des Kapitals im Rahmen seines ganz normalen Wahnsinns: Zerschlagung des Sozialstaats, Aufbrechen von Kollektivverträgen und Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte. Selbst eine aktive Beschäftigungspolitik im engen Rahmen des AMS behindert den freien Wettbewerb und Gewerkschaften sind überhaupt ein Störfaktor in der Marktwirtschaft. Gleichzeitig findet man allerdings nichts dabei, Milliarden Steuergelder als Exportförderung zu fordern.

Wir halten diese Entwicklung für unerträglich - Kampfmaßnahmen sind überfällig. Doch solange sich „Gewerkschaftsführer“ wie GÖD-

Vorsitzender Dohr sich „ungestraft“ damit brüsten dürfen, größere Streiks gerade noch verhindert zu haben oder ein Streikbrecher von der ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft durch einen Deal mit den sozialdemokratischen StudentInnen neuer ÖH-Vorsitzender wird, wird es schwer sein, die rollenden Angriffe aufzuhalten. Immerhin: Seit vier Jahrzehnten ist zum ersten Mal das Wort Generalstreik in der öffentlichen Debatte gefallen. Ein Anzeichen, daß man endlich auch bei uns mit Kapitalisten und Regierung in der einzigen Sprache spricht, die sie verstehen. Denn es hilft nichts, passiv abzuwarten. Gegen diese Belastungswelle hilft nur der aktive Kampf!

Sonderteil:
Für eine
neue sozialistische
Arbeiterpartei!

InfoLine: ① 01 - 524 63 10 ★ Fax 01 - 524 63 11

Der Standpunkt

Zehn Tonnen Müll

Ein Ergebnis gab es bei der Sondersitzung der Vereinten Nationen zu "Umwelt und Entwicklung" auf jeden Fall: Zehn Tonnen ungetrennten Müll, den TeilnehmerInnen der Konferenz laut „New York Times“ hinterließen. Spätestens auf dieser Sitzung wurde klar, daß der 800seitige Maßnahmenkatalog des Umweltgipfels von Rio 1992 - die Agenda 21 - inzwischen längst auf den Misthaufen geworfen wurde. Unerbittlich steigt der Meeresspiegel um einen Zentimeter pro Jahr, die CO₂-Emission um 2 % und befinden sich mehr als 3.000 Tierarten auf der „Roten Liste“. Doch wen kümmert's, wenn sich Staatschef von Mikronesien, Jacob Nena, über den Untergang mehrerer Atolle des Inselstaates beschwert? Oder wenn alle 21 Lurcharten vom Aussterben bedroht sind?



von John Evers

Ökokrieg zwischen USA und EU?

Die in den Medien hochgespielte „Konfrontation“ zwischen der US-Regierung und jenen der EU-Staaten, kann angesichts des drohenden Ökokollaps nur mehr als Farce bezeichnet werden. Es ist mehr als lächerlich, wenn Clinton an das Redepult tritt und erklärt, daß in den letzten Jahren zuwenig geschehen ist, aber er - Clinton - ja jetzt endlich hart durchgreifen könne und werde. Meines Wissens hieß schon der letzte Präsident der USA Bill Clinton. Unter seiner Amtsführung wurden konsequent alle verbindlichen Umweltrichtlinien (z.B. zum Abbau von Treibhausgasen) verhindert. Die Vereinigten Staaten sind und bleiben mit einem Anteil von über 25 % der größte Schadstoffproduzent der Welt. Daran ändert auch eine eilige Ankündigung Clintons nichts, daß Unternehmen bei regelmäßiger Ozon-„über“produktion zu Verbesserungsmaßnahmen angehalten werden sollen.

Musterregion EU?

Genauso lächerlich ist aber auch, wie die EU versucht, sich als ökologische Musterregion zu präsentieren. Und das nur aufgrund einer „Absichtserklärung“, die eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 15 % bis 2010 vorsieht. Unwillkürlich drängen sich mir in diesem Zusammenhang nicht nur Stichworte wie Gentechnik, Atomkraft und Rinderwahn auf. „Späfig“ ist auch, wenn sich dieselben Politiker und Journalisten, die pausenlos nach Entstaatlichung und Deregulierung schreien, plötzlich über die Macht der amerikanischen Industrieklasse beschweren. Die „Göttheiten“ Jobwunder, Standortsicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verlangen Opfer - die Senkung des Lebensstandards breiter Teile der Weltbevölkerung in jeder Hinsicht.

Konferenzen wie in Rio oder New York sind Rituale. Bei diesen haben dann „3.Weltstaaten“ (und NGOs) die Möglichkeit zum Dampflassen. Gemeinsam wird fest diskutiert, um schließlich beschwichtigende Resolutionen und Absichtserklärungen zu verabschieden. Parallel schaffen das internationale Kapital und die Regierungen der „hochentwickelten Industriestaaten“ unverdrossen weiter die Rahmenbedingungen für die immer schärfere Ausbeutung von Mensch und Natur. Nach New York wird jetzt schon der nächste Umweltgipfel in Kyoto für den Dezember 1997 vorbereitet...

Maastricht II

Das Kürzen geht weiter!

14. Juni, Amsterdam: Regierungsvertreter der EU-Mitgliedsstaaten diskutieren über den EURO, die Konvergenzkriterien, den Stabilitätsakt und radeln munter auf ihren neuen Fahrrädern (Geschenke der Stadt Amsterdam) durch die Gegend. Gleichzeitig demonstrieren 50.000 Menschen aus ganz Europa gegen ebendiese EU und fordern Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit.

von Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Nach den Renault-ArbeiterInnen, die über alle Ländergrenzen hinweg gemeinsam gegen die Konzernführung gekämpft hatten, war diese Groß-Demonstration in Amsterdam ein weiterer Schritt in Richtung Internationalisierung des Widerstandes. Und das ist angesichts der Ergebnisse der Regierungskonferenz („Maastricht II“) auch bitter nötig.

Im Mittelpunkt stand die Diskussion zur Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung. Die SozialdemokratInnen der verschiedensten Länder hatten vollmundig erklärt, daß zum Stabilitätsakt (der ein Instrument für die Währungsunion sein soll und Nicht-Einhaltung der Maastricht-Kriterien bestraf) Ergänzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinzukommen müßten. Auch Österreichs Sozialministerin Hostasch hatte noch vor kurzem erklärt, daß Österreich nicht unterschreiben werde, wenn nicht Maßnahmen zu Beschäftigung aufgenommen würden.

Das Papier nicht wert

Der angebliche Kompromiß stellt nun die Regierungsvertreter der verschiedenen Couleurs zufrieden - den Arbeitslosen nützt er allerdings nichts. Tatsächlich haben sich die Vertreter der Wirtschaft (zu denen auch der österreichische Wirtschaftsminister Farnleitner gehört) durchgesetzt. Die Resolution zum Stabilitätsakt zum Thema Arbeitslosig-

keit enthält zum einen Allgemeinplätze, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind, und zum anderen Forderungen, die einen Schlag ins Gesicht der europäischen ArbeitnehmerInnenklasse bedeuten. Beispiel: „Daher soll es vorrangiges Ziel sein, eine gut ausgebildete, anpassungsfähige Arbeitnehmerschaft zu

Großverdiener und Kürzer verstehen sich gut

schaffen und die Arbeitsmärkte auf den Wandel reagieren zu lassen (...) Soziale Schutzsysteme sollen modernisiert werden, damit sie zu Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wachstum beitragen.“ Damit werden weitere Verschlechterungen durch Deregulierung, Flexibilisierung, Abbau von ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen, Kürzungen bei Löhnen und Gehältern sowie Sozialabbau angekündigt - Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung hören und freuen sich! Nun haben sie von der EU den enttäuschten Sanktus für ihre Forderungen - von wegen „Sozialunion“. Die SPÖ-VertreterInnen stimmten zu und werden auch diesmal wieder versuchen, das Ergebnis als Erfolg zu verkaufen.

50.000 sind erst der Anfang

50.000 Menschen aus ganz Europa - von Italien bis Finnland, von Portugal bis Tschechien. 50.000 Men-

ArbeiterInnen“ (CWI) mit. Die Stimmung war kämpferisch und optimistisch. Die Medien stellten die Demonstration allerdings anders dar. Ein paar Linksextreme wären es gewesen, die außer Kiffern und Randalen nichts im Kopf hätten. Auch linke Medien, wie die Volksstimme, berichteten in leicht überheblichem Ton und machten sich lustig. Die österreichische Linke hat sich, mit wenigen Ausnahmen, bei der Mobilisierung für die Demo nicht besonders hervorgetan. Trotz Ankündigung gab es in Wien nur wenig Straßenaktionen im Vorfeld (die überwiegende Mehrheit von der SOV) und die Teilnahme in Amsterdam wurde von manchen mit dem Argument „wir sind ja kein Reisebüro“ abgetan. Trotzdem: Alle die dort waren, haben die Luft des Internationalismus geschnuppert und einen Vorgeschnack davon bekommen, was 1998 bei der Regierungskonferenz in Wien möglich ist.

In Oberösterreich beginnt der Wahlkampf

Unser linker Wahlkampf

Nachdem ein linker Bündnisversuch für die Welser Gemeindewahl in Wels an der örtlichen KPÖ und anderen Faktoren gescheitert ist, planen wir trotzdem, bei den Wahlen mitzumischen. Wir werden in den Wahlkampf das einbringen, was sonst leider niemand tun wird: Wir werden versuchen, „unseren“ umstrittenen Bürgermeister noch um ein Nuance umstrittener zu machen.

von Thomas Rappi
SOV-Wels

Was sich Herr Bregartner in seinen bald 14 Jahren Amtszeit an Sturheit und Intoleranz geleistet hat, ist schon lange nicht mehr vertretbar. Schien nach dem „Brauen-Flecken-Gipfel“ alles in Butter für die Verhandlungsteilnehmer, sieht die Realität anders aus: Demnächst sollen ca. 7 Mio. für die Generalsanierung des rechtsextremen ÖTB-Wels locker gemacht werden. Wahrscheinlich strebt es die SPÖ an, diese Schweinerei zumindest bis vor der Wahl gehen zu halten. Dieser Skandal zeigt zweierlei: Die „brauen Flecken“ existieren nach wie vor in Wels. Und die SPÖ ist bereit, Bregartner um jeden Preis

zu halten. Was muß noch passieren, daß Bre endlich geht? Gemeinsam mit ihm sollen gleich Typen wie Ex- und bald wieder Stapo-Chef und Heimstätten-Obmann Matajka verschwinden. Dieser war und ist gemeinsam mit Bregartner in die „Stammtischfäre“ verwickelt, wo mit dem Rechtsextremisten Wimmer in fröhlicher Eintracht das eine oder andere Gläschen geleert wurde. Wenn man bedenkt, wie in Wels mit dem Fall des brennenden Ausländerwohnheims umgesprungen wurde, bedeutet der neue/alte Stapo-Chef eine direkte Gefahr. Bei diesem Brand kam ein Mensch ums Leben. Anfänglich wurde einfach behauptet, ein Kabelbrand wäre die Ursache gewesen. Nachdem sich aber Brand-



Noch immer SPÖ-Mitglied

Regierung greift in Raucher-Taschen

Teure Tschik

Der Griff zur Zigarette ist für viele das einzige „Hobby“, das noch geblieben ist. Durch die permanente Erhöhung von Massenseuern (wie der Tabaksteuer) und die Sparpakete, war die Einkaufsfahrt Richtung Osten eine Möglichkeit, die Folgen der Belastungspolitik etwas abzufedern. Mit 1.Juli ist das aus: Nur mehr 25 (statt) 200 Zigaretten dürfen steuerfrei eingeführt werden.

von einem Nichtraucher

Eines ist klar: Der Regierung geht es nicht darum, Finsterlinge wie den Besitzer des Duty-Free-Shops in Klein-Haugendorf zu treffen, der mit billiger tschechischer Arbeitskraft (und tschechischen Tabakwaren) ein Millionenvermögen gemacht hat. Denn das tun andere österreichische Unternehmer auch, wenn sie Arbeitsplätze aus Profitgründen Richtung Osten verlagern - trotz nationalistischer „Laß den Schilling im Land“ Kampagne. Gesundheitliche Aspekte sind es wohl auch nicht, die

zur Neuregelung führten - wenn gleichzeitig weiterhin Zigarettenwerbung in Österreich gemacht werden darf. Mit dieser Einführbeschränkung trifft die Regierung ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, denen sie so 3 Milliarden mehr aus der Tasche ziehen möchte. Die Regierung setzt ihre Politik fort, sozial schwäche für das Budget gerade stehen zu lassen. Die Maßnahmen ziehen einen unglaublichen Streß für Zoll & Finanzbehörden nach sich, der dazu führen wird, daß noch öfter die wirklich großen Finanzverbrecher ungeschoren davon kommen. Ganz nebenbei bekommen wir auch einen Vorgeschnack, wie ernst die offizielle Politik es mit der Vereinigung Europas meint...

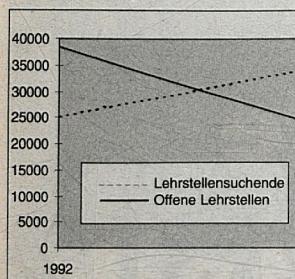
Unsere Meinung zur Lehrlingsdebatte

Karriere mit Lehre?

Für viele Jugendliche endet mit dem Beginn der Ferien ihre Schullaufbahn. Nun folgt die "Karriere mit Lehre" - der Kampf um den Arbeitsplatz beginnt. Denn die Zeiten, wo es noch mehr Lehrplätze gegeben hat als Lehrstellensuchende sind vorbei. Das Arbeitsmarkt Service erwartet, daß es im September rund 12.000 mehr gemeldete Lehrstellensuchende geben wird als Lehrstellen.

von Albert Kropf
SOV-Lehrlingssprecher

Diese Zahl alleine besagt schon, daß die Chance eine Lehrstelle zu finden, gering ist. Aber dann auch in einem Beruf ausgebildet zu werden, der einem liegt, fällt unter „Science



Fiction“. Denn die begehrtesten Berufe, wie Büro-, Industrie- oder Spezieditionskauffrau/mann, sind kaum zu bekommen, da auf eine Stelle fast 5 Bewerber kommen. Wer also dieses Jahr keine Lehrstelle bekommen hat, dem/der bleibt nur die Möglichkeit, irgendwo als Hilfsarbeiterin zu arbeiten oder noch eine Ehrenrunde in der Schule zu drehen und nächstes Jahr sein Glück nochmals zu versuchen. Und die, die noch eine Lehrstelle erhalten haben, stehen unter einem vergrößerten Druck. Denn wenn man/frau sich weigert, eine ausbildungsfreie Tätigkeit zu verrichten, wie nach Geschäftsschluß noch schnell das Geschäft aufwaschen,

dann stehen gleich zig andere bereit für diese Lehrstelle. So nutzen die Unternehmer die Jungendarbeitslosigkeitsrate von mittlerweile schon 16,3% aus, um die Jugendlichen gegeneinander auszuspielen. Weiters benutzen sie gleich die Diskussion um die fehlenden Lehrstellen zu einem Frontalangriff auf die ArbeitnehmerInnenrechte. Da wird steuerliche Begünstigung gefordert für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, als ob die Unternehmer nicht schon genug begünstigt wären. Das Lehrlingspaket der Regierung sieht vor, daß die Unternehmer keine Krankenversicherungsbeiträge mehr bezahlen müssen, sondern diese von der restlichen Belegschaft des Betriebes mitbezahlt werden. Der neueste Vorstoß von Unternehmerboß Maderthaner: Das Arbeitsmarktservice soll den Betrieben die Zeit, die die Lehrlinge in der Berufsschule verbringen, bezahlen. Anstatt auf die Erpressungsversuche der Unternehmer einzugehen, Lehrstellen für weitere Vergünstigungen zu schaffen, sollten Betriebe, die nach einem

entsprechenden Schlüssel zuwenig Lehrlinge ausbilden, saftige Strafen beziehen. Weiters soll jeder Betrieb 2 % seiner Betriebswertschöpfung als „Ausbildungssteuer“ bezahlen. Mit diesem Geld plus jenem aus den Strafen kann die überbetriebliche Ausbildung finanziert werden.

Von einem Ausbildungspot kann sowieso nur in den wenigen Fällen gesprochen werden. Das Dual-Ausbildungssystem - Betrieb und Berufsschule - hat völlig versagt und nie zu einer echten Bildung geführt. Im Betrieb ist man/frau sowieso den größten Teil der Lehrzeit mit Hilfsarbeiten beschäftigt und an einem Tag Berufsschule lernt man gerade das, was für die Ausübung des Berufs gebraucht wird. Von einer Ausbildung kann daher nicht die Rede sein. Wir stellen diesem das Konzept der intergrierten Gesamtschule bis zum 19. Lebensjahr entgegen. Das bedeutet zum einen Chancengleichheit und zum anderen die Möglichkeit im Rahmen der Gesamtschule einen Beruf in Lehrwerkstätten zu erlernen.

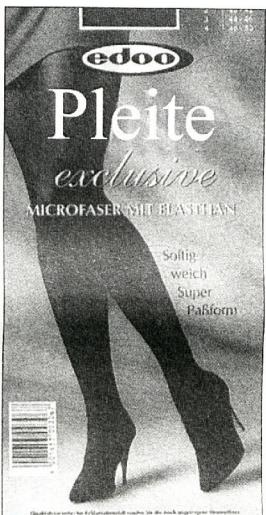
edoo-Strümpfe

Opfer der Pleitewelle

von Franz Breier jun.
SOV Wels

Am Freitag, den 13. Juni, meldete der Strumpf- und Sockenhersteller „edoo“ den Konkurs an. Nur knapp eine Woche zuvor wurde die Belegschaft von der Firmenleitung von ihrer Kündigung informiert.

Edoo ist das vorläufige Hauptopfer des brancheninternen Verdrängungsprozesses und wird seit längerem von der deutschen „Deggendorfer Strickerei“ und der „TextilBeteiligungs GMBH“ kontrolliert. Für deutsche Unternehmen ist der österreichische Markt noch unerschlossen und deshalb gibt es eine Reihe von Angeboten den Markennamen zu kaufen oder nur eine minimale Produktion in Wels aufzuteilen zu erhalten. Zusätzlich zum edoo-Desaster schlitterte auch der zweitgröß-



© 1997 edoo exclusive microfaser mit flattehn

te Strumpfproduzent „ergee“ in Schrems in eine Krise. Rund die Hälfte der 480 Beschäftigten von edoo hat noch bis 18. Juli Arbeit, während die anderen sofort ihren Job verloren. Obwohl die Frustration unter den Beschäftigten groß war, gab es von Seiten der mehrheitlich türkischen Beschäftigten Versuche, Widerstand zu organisieren. Ein massives Problem zeichnet sich für die betroffenen KollegInnen dahingehend ab, daß viele von ihnen durch die rassistischen Gesetzeslage und die Tatsache, daß sie keinen neuen Job finden, bald von der Abschiebung bedroht sein werden! Die Gewerkschaft, in Gesprächen mit der Chefetage vertieft, ist zu weitergehenden Maßnahmen (als die, die gesetzlich verankert sind) nicht bereit und wirft Initiativen zu einem Komitee der Edoo-ArbeiterInnen, diversen Organisationen und Solidarität als „Profilingversuche“ vor. Es ist daher kein Wunder, daß die Skepsis gegenüber Betriebsrat und Gewerkschaft groß ist. So meinte ein türkischer edoo-Arbeiter zum ÖGB-Sekretär Huemer: „Wir werden uns von euch nicht verkaufen lassen!“. Bei den bisherigen Treffen zu edoo nahmen bis zu 20 Betroffene sowie Vertreter der Internationalen Jugend, KPÖ und der SOV teil.

Weitere Angriffe auf die Öffentlich Bediensteten

FSG: Es brodelt an der Basis

Nach der monatelangen Hetzkampagne gegen „die Beamten“, in der diese völlig undifferenziert als faule Spitzenverdiener mit jeder Menge Privilegien dargestellt wurden, droht eine Reihe weiterer Angriffe: Z.B. will die Gemeinde Wien die Wiener Stadtwerke (Verkehrsbetriebe, E-Werk, Gas-Werk und die Städtische Bestattung) als eigenständige Unternehmen führen.

von Michael Gehmacher
SOV-Gewerkschaftssprecher

Das ist ein wesentlicher Schritt aus Sicht der Stadtregierung, um die Neuverschuldung (auch für die Maastricht-Kriterien) einzuhalten. Über viele der geplanten Angriffe erfolgt die Information derzeit nur über Gerüchte und die Wiener SP-Spitze wird das wohl behalten, denn 1998 sind in der Gemeinde Wien Personalvertretungswahlen und da soll die FSG gut abschneiden. Vom Gemeinderat wurde aber bereits eine Kommission eingesetzt, bestückt mit GemeinderätInnen, Managern der Stadtwerke und dem obersten Gewerkschafter der Verkehrsbetriebe, Kollegen Simanov. Aufgabe dieser Kommission: Sie soll bis Ende Au-

gust eine neue Eigentumsform für die Stadtwerke finden (Aktiengesellschaft oder ähnliches) und den Weg dorthin vorschlagen. Dies beinhaltet unter anderem so heikle Fragen, wie ein neues Dienstrecht für die Stadtwerke, aber auch die Frage, welche Form möglichst steuerschonend für die Gemeinde Wien ist. Es geht darum, die beste Form der Privatisierung zu finden. Die PersonalvertreterInnen auf Dienststellen und Bahnhöfen sind mit den Ängsten der Bediensteten konfrontiert. Vielleicht haben das berechtigte Gefühl, daß die Privatisierung ins Haus steht. Die Gewerkschaftsführung läßt die PersonalvertreterInnen im Stich und mit den Fragen der KollegInnen allein.

Am 19. Juni hielten die Beschäftigten des AKH eine Protestversamm-

lung gegen die Versuche, die BeamtenInnen zu spalten, ab. GdG-Vorsitzender Hundsdorfer (auch SPÖ'er) agierte eher beschwichtigend als mobilisierend und trug die Spaltung mit. „Vor allem bei den Neueintrenden werden wir eine Reform mittragen müssen.“ Einzig konkrete Aussage: Hundsdorfer verlangte eine Reallohnheröhung für '98 (sagte aber nichts zur Umsetzung dieser Forderung). Enttäuscht gingen die Beschäftigten an die Arbeit zurück.

Der einzige konkrete Widerstand kam bisher von den Bundesbediensteten. Unter Anleitung des (schwarzen) GÖD-Vorsitzenden Dohr gab es zweimal Arbeitsniederlegungen der FinanzbeamtenInnen. Begleitende Aktionen bei der Post wurden von den Vorgesetzten bereits im Vorfeld und durch dubiose Drohungen über Beauftragte währenddessen unterbunden. Nicht, daß wir Dohr für den großen Kämpfer halten - aber die FSG steht sogar hinter diesem mageren Protesten zurück. Anstatt selbst aktiv zu werden, gibt sie wichtige In-

formationen nicht an die Beschäftigten weiter und beschwichtigt diese.

Die FSG-Spitze und ihr ergebener Bund mit der Rathaus-SPÖ sind nicht mehr umumstritten. Die FSGlerInnen der Hauptgruppe 1 (Höheitsverwaltung) der GdG schrieben z.B. einen bitterbösen Brief an Bundeskanzler Klima (siehe Faksimile), der immerhin vom Vorsitzenden, seiner Stellvertreterin und dem Sekretär der Hauptgruppe 1 unterzeichnet ist. HG 1-Vorsitzender Alfred Nickel erklärte während des HG 1 Aus-

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Landesgruppe Wien, Hauptgruppe I Rathausstraße 8 1010 Wien

Herr Bundeskanzler Mag. Viktor Klima
Ballhausplatz 2 1014 Wien

Billiger Populismus in der Verwendung von ungeprüften und verallgemeinerten Zahlen für Pensionsbezieher aus dem öffentlichen Dienst und damit in der Öffentlichkeit scheinbare Kompetenz zu belegen, erinnert an Bärentalerische Vorgangsweisen. Wie sonst wäre die bereits zum Reflex verkommenen Reaktion auf die Budgetkonsolidierung notwendig? Diese Zahlen mögen durch die

Brief von FSGlerInnen der HG 1, unterschrieben vom Vorsitzenden Alfred Nickel, seiner Stellvertreterin Susanna Neugebauer und dem Sekretär Michael Kerschbaumer.

Es wird kargelegt, daß die GdG, Landesgruppe Wien, HG 1, unter Jägerartigen Vorgaben nicht als Verhandlungspartner zur Verfügung steht. Die von Seiten der Beamten bereits erbrachten Abstriche sind am Limit der im Verhandlungsweg zu erreichen Übereinkünfte.

Nach der Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie



Tony Blair und Lionel Jospin werden von den Medien zu den Superstars der europäischen Sozialdemokratie hochgejubelt. Sie sind vor allem modern. Läuten sie einen neuen Frühling für die Sozialdemokratie ein oder sind sie nur bessere Showmaster in der Show, die sich Politik nennt?

von Gustav Nowotny,
SOV Wien-West

In Frankreich schlugen die SozialdemokratInnen (die nunmehr mit „KommunistInnen“ und Grünen die Regierung stellen) mittels linker Versprechungen die Bürgerlichen vernichtet. Die französische ArbeiterInnenklasse hat Lionel Jospin beim Wort genommen. Aber wie weit wird das Versprochene (35-Stunden-Woche, 700.000 neue Arbeitsplätze, Anhebung des Mindestlohns um 4%) auch verwirklicht? Tatsache ist, daß Jospin seine Versprechen zurückgenommen, dann aber wegen massiver Proteste wieder, aber in abgeschwächter Form bekräftigt hat. Wahrscheinlich ist, daß die Versprechungen in ersten Ansätzen erfüllt und dann langsam „schubladiert“ werden. Das Vertrauen in Jospin ist offensichtlich nicht allzu groß, die Gefahr eines weiteren Erstarkens der Front National bei Wortbruch Jopins groß.

Und in Britannië? Dort errang die New Labour Party unter Blair ihren Wahlsieg hauptsächlich deshalb, weil die ArbeitnehmerInnen die 18jährige Tory-Herrschaft satt hatten - nicht für die New Labour, sondern gegen die Tories wurde gewählt. Blair, der eine offen bürgerliche Linie vertritt, will in Sachen Gewerkschaften, Sozial- und Gesundheitswesen etc. den Kurs seiner konservativen Vorgänger im wesentlichen weiterfahren. Die Reste des linken Parteiflügels sind mundtot gemacht und das Parteiprogramm von fortschrittenlichen Inhalten gesäubert worden (z.B. wurde die Verpflichtung zur Verstaatlichung von Schlüsselin- industrien im Falle des Wahlsiegs ersatzlos gestrichen). Die Unterstüt-

zung von New Labour durch bürgerliche Medien wie etwa vom Revolutionsblatt „Sun“ rundet das Bild ab.

Doch mit der Umkämpfung der britischen Labour Party ist es noch nicht getan. So hat etwa die deutsche SPD Blair zu ihrem ideologischen und wahlstrategischen Vorbild ernannt und will es „in 72 Wochen genauso machen“.

Osterreich voll im Trend

In Österreich dasselbe in Rosarot: SPÖ-Geschäftsführer Rudas will „sozialdemokratische Dogmen“ im Sinne der Bürgerlichen durchbrechen, Bundeskanzler Viktor Klama lamentiert, daß „wir uns ans Abschaffen (von Sozialleistungen, ArbeitnehmerInnenrechten etc.) gewöhnen müssen“ usw..

Anhand der genannten Beispiele ist die Tendenz der europäischen Sozialdemokratie klar ersichtlich. Die so-

zialdemokratischen Parteien sind längst keine Vertreter der ArbeiterInnen mehr; sie sind willfährige Diener und Ausführungsorgane des Kapitals. Aber gibt es linke Alternativen zur Sozialdemokratie?

Unter den etablierten Linksparteien wohl kaum. Zum Beispiel unterstützte die italienische „Rifondazione Comunista“ das Wahlbündnis „Ulivo“, an dem auch bürgerliche Parteien teilnahmen. Damit nicht genug, duldet die RC einen bürgerlichen Ministerpräsidenten, stimmten nicht gegen Sparpakete und unterstützte auch das „Arbeitsbeschaffungspaket“. Damit soll 100.000 Jugendlichen aus dem Süden des Landes für ein Jahr Arbeit verschafft werden (bei ca. 6000 € S. Lohn). Die Tatsachen, daß das Paket das Arbeitsrecht schwer verletzt und die Jugendlichen nach Ablauf des Jahres vor dem Nichts stehen, scheint die RC-Führungsriege nicht sonderlich

zu beeindrucken. Proteste des linken Basisflügels werden nicht einmal ignoriert. Und in anderen Ländern? Im Fall der deutschen PDS (Nachfolgeorganisation der SED) darf bezweifelt werden, daß diese Partei tatsächlich den Aufbau des Sozialismus im Sinne hat. Im Programm: „Sozialismus mit marktwirtschaftlichen Elementen“. Der Stalinismus sei im

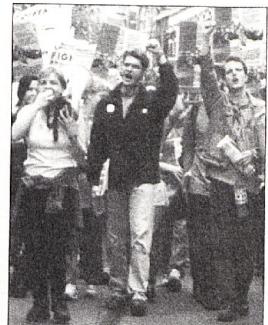
wesentlichen an einem Mangel an „Selbstregulierenden Mechanismen“ gescheitert, weshalb im Sozialismus ein System von „Betrieben in Privat-, Kooperativen-, Kommunal- und Staatsbesitz im Interesse der Menschen“ errichtet werden müsse. Die explizite Forderung nach Verstaatlichung und Kontrolle der Betriebe durch die ArbeiterInnen fehlt. Was jedoch weit schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß die PDS faktisch keinen revolutionären Anspruch hat. Sie klinkt sich allenfalls in regionalen Bewegungen ein und ist ansonsten lediglich mit den politischen Tagesaufgaben beschäftigt.

Die grundsätzliche Bereitschaft der PDS zur Integration in das bürgerliche Staatssystem äußert sich u.a. auch daran, daß in jenen kommunalen Bereichen wo die PDS regiert, ebenfalls Kürzungspolitik betrieben wird.

So weit, so schlecht. Aber noch ist nicht aller Tage Abend: Es gibt Ansätze für neue linke Parteien, welche Sozialabbau und Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte grundsätzlich ablehnen und dadurch den Kampf mit dem Kapital aufnehmen.

Zu diesen gehört u.a. auch die britische „Socialist Labour Party“, gegründet und geführt von Arthur Scargill, dem Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft. So begründet die Neugründung linker Parteien ist, so muß im Fall der SLP auch Kritik geübt werden. Arthur Scargill hätte mit seiner Neugründung den Anstoß zu einer linken Massenbewegung geben können. Stattdessen legte er im Rahmen der SLP-Gründung ein fixfertiges Organisationskonzept mit starrer Linie vor und erklärte, daß SLP-Mitglieder nirgendwo sonst Mitglied sein dürfen. Somit dürfte die SLP mittelfristig kaum mehr als eine linke Labour-Abspaltung bleiben. Die Chancen für eine neue sozialistische Massenpartei sind bis auf weiteres zunichte gemacht. An-

dererseits hat sich aber in Britannië und Irland die „Socialist Party“ (SOV-Schwesterorganisation) konstituiert und kann bereits auf einen Erfolg verweisen: Joe Higgins von der Dubliner Socialist Party hat einen Parlamentssitz errungen. Auch die Wahlerfolge, die Gruppen links von der französischen KP-LO, LCR - erzielten, beweisen das Potential für eine neue sozialistische Partei.



CWI: International kämpfen!

Damit die Linke einen relevanten politischen Faktor darstellt, bedarf es der engen Zusammenarbeit linker Gruppierungen, die den Widerstand gegen Privatisierungen, Sozialabbau und Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten als ihre vordringlichste Aufgabe sehen. Das bedeutet eine Absage an Sekterertum und politische Eigenbrötlerie. Beispiele, wie man es besser macht, sind etwa die ÖDP in der Türkei und die „Scottish Socialist Alliance“. Diese Formationen bringen nicht nur verschiedene linke Organisationen und Parteien auf gleichberechtigter Grundlage zusammen. Hier wurde erkannt, daß in der Akzeptanz der eigenständigen Identität von Organisationen (richtig angewandt) in der jetzigen Situation neue Einheit entstehen kann.



Tony Blair: Vorbild rechter SozialdemokratInnen

Marxismus und Bündnisse**Einheit im Kampf**

Die Frage, mit welchen Kräften MarxistInnen Zusammenarbeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele anstreben, ist eine, die von gesellschaftlichen bzw. politischen Faktoren abhängt. In verschiedenen gesellschaftlichen Situationen ergeben sich unterschiedliche Ziele aus denen dann Bündnisse ableitbar sind.

von David Mum, SOV-NÖ

Am Ende des 19. Jahrhunderts stand die Bildung von unabhängigen Parteien der Arbeiterklasse auf der Tagesordnung, um die Interessen der Arbeiterklasse politisch und organisatorisch unabhängig vertreten zu können. In diesen Parteien existierte, neben dem Kampf für (soziale und politische) Reformen, Einigkeit über das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht jedoch über den Weg dorthin.

Der erste Weltkrieg und die revolutionäre Situation, die ihm folgte machte aus einstigen GenossInnen erbitterte Gegner. Rechte SozialdemokratInnen gaben den Internationalismus preis und befanden sich auf Seiten der jeweiligen nationalen Imperialistenklasse und bekämpften nach dem Krieg alle Ansätze einer sozialistischen Revolution. Diese zuspitzte politische Situation, in der

nach dem Krieg die Macht der Kapitalisten auf sehr dünnen Beinen stand, machte für MarxistInnen die Frage Revolution Ja/Nein - ein sehr „enger“ Bündnisansatz - zu einer entscheidenden für die Formierung neuer Parteien und Kooperation.

Angesichts der in den 30er Jahren drohenden faschistischen Gefahr und der Offensive der Reaktion wurde die Bildung einer „breiten“ Einheitsfront aller ArbeiterInnenorganisationen - Gewerkschaften, SozialdemokratInnen, KommunistInnen, Linksoppositioneller - zu einer elementaren Überlebensfrage der ArbeiterInnenbewegung. Ihr Nichtzustandekommen war eine wesentliche Ursache für die Machteroberung der Faschisten.

In Spanien fielen bei Beginn des spanischen Bürgerkriegs 1936 beide Faktoren zusammen: auf den faschistischen Putsch des General Franco reagierte die ArbeiterInnenklasse mit

Aufständen, Fabriksbesetzungen und dem Beginn der sozialistischen Revolution. MarxistInnen unterstützten die revolutionäre Bewegung der ArbeiterInnen die nicht nur die Faschisten selbst, sondern auch deren gesellschaftliche Basis bekämpfte. Die Stalinisten gingen lieber mit der an die Wand gedrängte Bourgeoisie eine „Volksfront“ ein und stärkten damit wieder die bürgerliche Ordnung.

Die Situation seit dem Zusammenbruch des Stalinismus und der Offensive der Kapitalisten gegen ArbeitnehmerInnenrechte, Löhne und soziale Sicherungssysteme stellt die Linke vor Aufgaben, die sie zu neuen Organisationsformen drängen muß. Sozialdemokratische Parteien tragen die neoliberalen Offensive großteils mit. Es stellt sich daher die Notwendigkeit einer Einigung jener linken Kräfte, die gegen das Kapital Widerstand leisten wollen.

Da heißt konkret die prinzipielle Ablehnung (z.B. parlamentarisch, auf Gewerkschaftsebene,...) von Maßnahmen, die die ArbeiterInnen und sozial Schwache schlechter stellen. Viele Organisationen links der Sozialdemokratie lavieren oft in sol-

chen Fragen (Linkspartei Schwedens, PDS in der BRD, RC in Italien) bzw. gehen angesichts des Druckes der neoliberalen Offensive rasch nach rechts. Letzters gilt vor allem für die Entwicklung der europäischen Grünen.

Abert die linken Kräfte, die hier Übereinstimmung haben,

haben die Aufgabe, ihre Kräfte

Europaweiter Widerstand der ArbeiterInnen

zu vereinen, in-

dem sie gemeinsam als politischer Faktor in Erscheinung treten. Das bedeutet nicht die Auflösung ihrer Organisationen, wo sonst politische Unterschiede bestehen (z.B. die Frage der Revolution), sondern Zusammenarbeit in und gemeinsames politisches Auftreten als Dachorganisa-

on/partei bei Übereinstimmung über die konkret hier und jetzt gestellten Aufgaben.

Ein Sektierertum bzw. die Nichtbereitschaft zu konkreten Aktivitäten trotz verbaler Zustimmung werden die Linke weiter schwächen und als irrelevant erscheinen lassen.

**Projekt: Linke Einheit in Österreich****Außer Thesen nichts gewesen?**

Die Gründung der Sozialistischen Offensive Vorwärts im Mai 1996 fiel mitten in eine Zeit, in der sich in Österreich eine neue politische Dynamik entwickelte. Sparpaket, StudentInnenstreik, EU und Wiener Wahlen, Maastricht II, NATO-Diskussion... - wie reagierte die österreichische Linke, welche Chancen wurden verpaßt und wie könnte die Zukunft aussehen?

von John Evers
SOV-Wien Mitte

Die SOV war in verschiedene Prozesse, Aktionen und Bündnisse unmittelbar eingebunden. Die (vorläufige) Bilanz zu diesen Ansätzen einer „Einheit der Linken“ fällt leider ernüchternd aus.

Eine lockere Diskussionsrunde, bei der KPÖ, GLB, SOAL (Sozialistische Alternative), Vertreter der türkischen ÖDP und SOV im Frühjahr 1996 in Gespräche traten, zerfiel mit dem Beginn des Sommers '96. Am Volksstimfest gab es noch ein letztes Aufflackern in Form einer Podiumsdiskussion - das war's dann. Mit ein Grund dürfte die Entwicklung der österreichischen VertreterInnen der ÖDP sein: Einzelne Mitglieder gingen zur KPÖ, der Rest wurde (zumindest im Rahmen der ÖDP für längere Zeit) inaktiv. Mit der SOAL versuchte die SOV über einen längeren Zeitraum enger zusammen zu arbeiten. Für beide Gruppen gibt es eine gewisse historische Tradition die sie verbindet - den Bezug zur „Vierten Internationale“, Antistalinismus... Weiters steht für SOV und SOAL die (zumindest rhetorisch) erklärte Erkenntnis im Raum, daß die heutige Situation neue und engere Formen der Zusammenarbeit und Aktion notwendig machen. Doch auch mit der SOAL kamen die „neuen Formen“ nicht über ein paar unverbindliche Diskussionen hinaus, die zunächst im Sande verliefen. Rund ein Jahr später - im Mai 1997 -

bereitete die SOAL schlußendlich mit einem in ihrer Zeitung "Die Linke" veröffentlichten Artikel diesem Diskussionsprozeß auch ein mehr oder minder formales Ende.

Gemeinsame Kandidatur mit der KPÖ

Die gemeinsame Kandidatur von SOV und KPÖ (das von uns angestrebte linksbündnis war nicht zu standegekommen) zum EU-Parlament im Herbst 1996 hat in der Linken einigen Staub aufgewirbelt und zu heftigen Diskussionen geführt. Das - und nicht das Erreichen von 0,43% - war mit ein Zweck dieser Kandidatur. Die SOV bilanziert diesen Schritt für sich positiv: Wir haben unsere Organisation bekannt gemacht, neue Mitglieder gewonnen und politisch viel gelernt. Unser Vorschlag dieses Projekts als einen exemplarischen Ansatzpunkt für die Diskussion um linke Zusammenarbeit zu nehmen, ist leider nicht angenommen worden. Von Seiten anderer linker Organisationen ernteten wir für unsere offene Bilanz und den Versuch diese Wahlen gemeinsam mit anderen linken Organisationen zu unterstützen, bestenfalls Ignoranz. Aber rückblickend war dieser Wahlkampf auch für die KPÖ-Führung mehr eine Pflichtübung als der Versuch einen Stein ins Rollen zu bringen. Denn unsere heutige Zusammenarbeit mit der KPÖ gestaltet sich im Wesentlichen so wie vorher - dort wo sie gut war, funktioniert sie auch

Initiative für eine sozialistische Politik

Breites mediales Echo fand die "Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ" - ein loser Zusammenschluß von SPÖ-„Altlinken“. Wir haben die Gründung dieser Initiative begrüßt und unterstützt, denn Ansatzen gegen den rechten Kurs der Parteiführung mobil zu machen, gäbe es genug: Sparpakte, AusländerInnenpolitik, EU... Es ist offensichtlich, daß die Initiative bis jetzt nur Aktionen gesetzt hat, die der Parteiführung nicht wirklich "wehtun": Infotische auf Parteitagen, Diskussionsveranstaltungen...

Wir denken, um etwas in dieser Partei zu bewegen, sind knallharte Konfrontationen nötig, die man nur durchhalten kann, wenn man sich auf breitere Schichten als einige FunktionärInnen der mittleren und unteren Ebene stützt. Doch nach Ansatzen in diese Richtung suchten wir bis jetzt bei der "Initiative" vergeblich.



Linke Einheit: Reicht's nur für ein Transparent?

Gewerkschaftlicher Bereich

Dieser Bereich unterscheidet sich in seiner Entwicklung signifikant von allen anderen. Der steigende Druck in den Betrieben trifft dort auf oft versteinerte SPÖ-Strukturen. Auf der Wahl-Ebene nützt das der FPÖ. Auf betrieblicher Ebene ergeben sich daraus aber gute Chancen für kämpferische oppositionelle Listen, aber auch linkere Ansätze von FSGlerInnen, die ständig die Auswirkungen der SPÖ-Politik ausbaden müssen. Wenn hier Bereiche einmal "aufgebrochen" sind, ist die Zusammenarbeit meist sehr konkret und an praktischen Aktionen orientiert. Auch auf der Ebene der politischen Fraktionen (GE/UG, GLB, aber auch bei einzelnen Fachgewerkschaften/ Sektionen/ Jugendorganisationen), gibt es hier die verhältnismäßig größte Offenheit puncto Zusammenarbeit.

Vor allem gemessen an dem, was angesichts der stärksten rechtsextremen Partei Europas an "linker Polarisierung" in Österreich notwendig wäre, befindet sich die Linke insgesamt in einer verheerend schwachen Situation. Um so wichtiger wäre es, auf der einen Seite einen unkomplizierten "Minimalkatalog" zu erarbeiten,

der versucht anhand der wichtigsten Fragen (z.B. Sozialabbau, Nato,...) "unverwechselbare" linke Positionen zu entwickeln. Solange sich ein großer Teil der traditionellen Linken z.B. aber an Neutralitätsaktionen, die mit einem solchen linken Profil nichts zu tun haben, festklammert sehen wir allerdings schwarz. Der zweite Grundsatz ist für uns, daß die Linke überall dort wo sie dazu in der Lage ist (bei Wahlen, Betriebschlließungen ...) vor Ort in das politische Geschehen eingreifen muß. Politische Positionen in Gemeinderäten, Betrieben,... sollen als „gesamtlinke“ Mandate verstanden werden, sich dementsprechend vernetzen und koordinieren. Es gilt so gemeinsam eine neue politische Kultur zu erarbeiten, die sich an den aktuellen Problemen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen orientiert.

Die SOV strebt die Gründung einer neuen sozialistischen Partei an und versteht ihre Arbeit als Beitrag zu diesem Prozeß. Wir unterstützen alle Ansätze, die eine konkrete Zusammenarbeit von Linken zum Ziel haben. Aktuell wäre diesbezüglich z.B. eine Koordinierung von Aktionen wie Euromarsch, Frauenvolksbegehrungen, Anti-Sozialabbaubewegung.

Zu geringe Bezahlung keine Seltenheit

Vorsicht beim Ferialjob!

Rund 150.000 SchülerInnen und StudentInnen arbeiten jedes Jahr in den Ferien in Betrieben Österreichs. Es gibt FerialarbeiterInnen und PflichtpraktikantInnen. FerialarbeiterInnen sind in der Regel SchülerInnen und StudentInnen, die in den Ferien arbeiten, um Geld zu verdienen. Unter PflichtpraktikantInnen (z.B. HBLA...) versteht man SchülerInnen, die aufgrund ihres Lehrplans dazu verpflichtet sind, in Betrieben einer gewissen Branche zu arbeiten.

von Barbara Fröschl,
SOV Wien West

Nicht nur, daß Jugendliche damit um ihre Ferien gebracht werden und die Bezahlung häufig lausig ist - Viele werden von den Unternehmern um einen Teil ihres Lohnes betrogen z.B. um die ihnen zustehenden Anteile an Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld). Hinzu kommen dann noch Probleme, die sie mit gesetzeswidrigen Arbeitsbedingungen haben. Viele Jugendliche bekommen von den Unternehmen beispielsweise ungesetzliche Überstunden (unter Achtzehnjährige dürfen nicht länger als 40 Stunden in der Woche arbe-

ten) aufgetragen, die sie aus Angst den Arbeitsplatz zu verlieren, nicht abzulehnen wagen. Oftmals werden diese Überstunden vom Unternehmer nicht einmal korrekt bezahlt. Das heißt, den Unternehmern ist es nicht genug, an den Jugendlichen als billigen Arbeitskräften zu verdienen, sie versuchen auch noch, ihnen von dem wenigen, daß ihnen gesetzlich zusteht, soviel als möglich wegzunehmen. Viele Gesetzesüberschreitungen wären zu verhindern, wenn in den Schulen über diese Problematik entsprechend informiert würde - aber gerade in diesen Schulen sind viele LehrerInnen selbst Unternehmer. Mancher Unternehmer versucht sich

darauf auszureden, daß es sich um „Praktikanten“ handelt. Sie scheinen zu vergessen, daß jeder, der weitungsgebunden, zur Anwesenheit und Arbeitsleistung verpflichtet ist, ArbeitnehmerIn ist und deshalb alle arbeitsrechtlichen Ansprüche hat. (Ein echter Praktikant kommt und geht nach belieben und tut was er/sie will.)

Das Gastgewerbe ist in Bezug auf Gesetzesübertretungen dieser Art, trotz sowieso schon arbeitnehmerin-

nernfeindlicher Sonderregelungen (unter Achtzehnjährige können bis 22 Uhr eingesetzt werden und können bis zu 43 Stunden arbeiten) Spitzenreiter. Dies wird am Beispiel einer Siebzehnjährigen Pflichtpraktikantin deutlich, die drei Monate täglich 12 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten mußte,

wesen. Ein Beispiel aus dem Textilgewerbe: Bezahlung für 1 Monat Arbeit: eine Schneiderschere (Wert: maximal 65 500,-).



Es gibt besseres als Überstunden...

Worauf Du achten solltest, wenn Du im Sommer einen Ferialjob machst:

- Die Arbeitszeit darf bis zum achzehnten Lebensjahr 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich nicht übertreten. Aus diesem Grund dürfen Jugendliche auch nicht zu Überstunden herangezogen werden. Wenn dies auf Bezahlung - im Verhältnis 1:1,5.
- In der Zeit von 20 bis 6 Uhr dürfen Jugendliche nicht eingesetzt werden. An Wochenenden muß jeder Jugendliche eine 43-stündige Ruhepause bekommen.
- Bei der Bezahlung muß Du, neben dem Lohn, der orts- bzw. branchenüblich sein muß, auch noch einen Anteil an den Sonderzahlungen (Aliquoter Anteil an Urlaubs- und Weihnachtsgeld) und die Urlaubsabfindung (= Entschädigung für den nicht konsumierten Urlaub) erhalten.
- Am besten Arbeitszeiten genau mitschreiben (!!!) und nachher bei der Gewerkschaft oder der Arbeiterkammer nachrechnen lassen, ob Du alles bekommen hast, was Dir zusteht. Falls nicht - helfen Dir Gewerkschaft oder AK dabei, Dein Geld zu bekommen!

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau!
Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohns von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnott! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus International

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus International auf gleichmäßiger Basis

der Bewegung Grünen. Wir sind OppositorenInnen und Gewerkschaftsschulen mit der Gründung offensive Vortrag sein.

neuen inneren bewe-

nötig. Lediglich können Veränderungen erbeiterInnen eingehen müssen dem kapitalistischen System und kämpfen.

DEN!

SOV Abo-Karte

Die Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!

Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche Vorwärts heraus.

Das neue Vorwärts gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein Vorwärts-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 50,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)
- ... Stück Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein Vorwärts-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der SOV und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden

- Eure Materialiste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)

- Mitglied der SOV werden!

TERMINES

- | | |
|---|-----------------------------|
| 14.7. „Frauen in Männerberufen“ | FrauenStammtisch |
| 23.7. „Sozialismus international - Neues aus dem Komitee für eine Arbeiterinternationale“ | Ortsgruppe Wien Mitte & Ost |
| 25.7. „Maquilas - Multis beim Ausbeuten oder Wo kommt meine Jeans eigentlich her?“ | OG Wien Nord |
| 26.7. „Indien, Pakistan, Sri Lanka - eine politische Geschichte“ | Regionalgruppe OÖ |
| 28.7. Film über Frauen die sich wehren „Grüne Tomaten“ | FrauenStammtisch |
| 29.7. „Beamtenprivilegien - Lügen und Wahrheit“ | OG Wien West & Süd |

Ortsgruppen der SOV

- | | |
|---|---|
| Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren?
Komm in eine SOV-Ortsgruppe!
Oder ruf uns an: 0222/524 63 10 | Ortsgruppe Wien Nord:
Nur im Juli
jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“
2; Arnehoferg. 8 |
| Vorsicht - Vorsicht - Vorsicht
Geänderte Treffen während der Monate Juli und August!!! | FrauenStammtisch
Nur im Juli
jeden 2. und 4. Montag im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4 |

- | | |
|-----------------------|--|
| Oberösterreich - Wels | Oberösterreich - Wels
jeden Samstag 14 Uhr
„Haus der internationalen Jugend“
Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof) |
|-----------------------|--|

- | | |
|---------------------------------|---|
| Niederösterreich - Wr. Neustadt | Niederösterreich - Wr. Neustadt
Sommerpause bis September
Rückfragen unter 01-524 63 10 |
|---------------------------------|---|

Kampffonds aktuell



von Ali Kropf



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtziels aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Mai bis Juni: öS 80.000,- davon erreicht: 63,9% nächstes Ziel: Juli/August 60.000,- Besonderer Zeitungsverkauf: 83 Zeitungen beim Euromarsch in Amsterdam Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!



Internationales

Mexiko

Sexueller Mißbrauch

Der koreanische Daewoo-Konzern ist für seine ArbeitnehmerInnenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt bekannt. In einem mexikanischen Werk des Konzerns werden weibliche Beschäftigte von den koreanischen Managern sexuell mißhandelt. Fünf ArbeitnehmerInnen, die diese Mißstände kritisierten oder sich den Managern gegenüber nicht willig zeigten, wurden Anfang März entlassen. Die Beschäftigten gründeten daraufhin einen Organisationsausschuß und fordern die Beendigung sämtlicher ArbeitnehmerInnenrechtsverletzungen und die Wiedereinstellung der Entlassenen.

Besagtes Daewoo-Werk produziert Fernbedienungen, die unter den Markennamen Daewoo, General Electric, Hitachi und Sony verkauft werden.

Schweden

12.000 Kündigungen

„Die Börse reagierte mit einem Freudsprung: als der schwedische Haushaltsgerätehersteller Electrolux, Europas Branchenführer, ankündigte, 25 Fabriken dichtam und 12.000 Mitarbeiter entlassen zu wollen, schnellte der Aktienkurs um 14 Prozent nach oben“ (aus „Die Presse“ vom 16. Juni 1997).

Pakistan

Streik der TeppicharbeiterInnen

Die pakistanischen TeppicharbeiterInnen gehören zu den am meisten ausgebauten Schichten der ArbeitnehmerInnenklasse überhaupt. Der Lohn beträgt seit drei Jahren unverändert nur ca. 1.600,- Rs (rund 500,- Schilling) pro Monat - obwohl im gleichen Zeitraum die Preise um mehr als 200 % gestiegen sind. Die Arbeit ist wegen der verwendeten Chemikalien und dem Wollflug schwer gesundheitsschädlich.

Seit dreißig Jahren hat es in Pakistan keinen Streik dieser ArbeitnehmerInnen gegeben. Am 11. Juni gingen nach einem Aufruf der „United Carpet Industries Union“ in der Hauptstadt Lahore 20.000 in den Ausstand. Bestreikt und mit roten Fahnen „geschmückt“ wurden alle 130 Fabriken der Stadt.

Gefordert werden nicht nur spürbare Lohnerhöhungen, sondern auch die Einführung von arbeits- und sozialrechtlichen Grundlagen, eine Pensionsregelung sowie die Abschaffung der Kinderarbeit. (Rund 20 Millionen Kinder müssen in Pakistan bis zu sechs Tage in der Woche arbeiten um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie zu verdienen.) Das nächste Ziel der Streikenden ist die Ausweitung der Bewegung auf alle 80.000 TeppicharbeiterInnen Pakistans.

Irland

Sozialist im irischen Parlament

Ein historischer Durchbruch - am 6. Juni schaffte Joe Higgins als erster Socialist Party TD (Teachtaid Daile, irisch für „Mitglied des Parlaments“) den Einzug ins Dail, das irische Parlament. Ausschlaggebend war, daß Joe Higgins sechs Jahre lang als Stadtrat in Westdublin auf beispielhafte Art und Weise gezeigt hat, wie die Politik eines gewählten Vertreters der ArbeitnehmerInnenklasse aussehen hat, daß er sowohl vor als auch in den Zeiten des Wahlkampfes mit den Menschen auf der Straße gekämpft hat.

von Ken Horvath
SOV Wien Mitte

1989 wurden AktivistInnen von Militant, der Vorläuferin der SOV-Schwesterorganisation, der 1996 gegründeten Socialist Party, aus der Irish Labour Party ausgeschlossen. Damals verkündeten die Medien, daß dies das Ende sozialistischer und marxistischer Ideen in Irland gewesen sei. Wie sehr mensch sich irren kann! Die Labour Party bekam jedenfalls ihre Rechnung dafür präsentiert, daß sie mit der pro-kapitalistischen Fianna Fail in Koalition gegangen ist. Das Ergebnis dieser Politik war eine erdrutschartige Niederlage der Labour Party, die den Weg zu einer Minderheitsregierung der Fianna Fail mit Grünen und Unabhängigen ebnete. Es ist schon eine Ironie der Geschichte, daß just die Labour Kandidatin Joan Burton, die seinerzeit mitverantwortlich für den Ausschluß von Joe Higgins war, zu den großen VerliererInnen dieser Wahl zählt. Schon vor seinem Ausschluß hätte Joe Higgins in Westdublin, einem der ärmsten Viertel der iri-

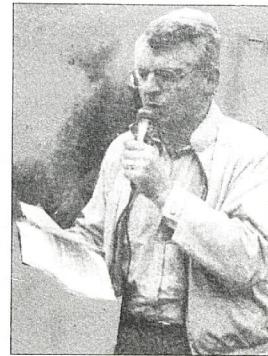
schen Hauptstadt, kandidieren sollen, doch wußten Burton & Co dies zu verhindern. Jetzt hat Higgins ihren Sitz im Dail errungen.

Sinn Fein geschlagen

Fünf Socialist Party KandidatInnen standen in fünf Dubliner Wahlkreisen zur Wahl, mit Ausnahme von Joe Higgins alle zum ersten Mal. Clare Daly mit fast 3000 „first preference votes“, Mick Murphy mit 2000, Lisa Maher mit 630 und Martin Walsh mit 381 Erststimmen sorgten dafür, daß mit den unglaublichen 6496 Erststimmen, das sind 16,2 %, die Joe Higgins in Westdublin erzielte, die Socialist Party es insgesamt auf 12.500 Stimmen brachte und somit das Ergebnis der Sinn Fein in Dublin um 200 Stimmen übertraf. Die Basis für diesen Erfolg legte zu einem großen Teil die „Anti Water Charges“ Kampagne, die die irischen GenossInnen über die letzten drei Jahre geführt hatten. Viele der KandidatInnen waren die anerkannten öffentlichen LeaderInnen dieser Kampagne, des gemeinsamen Kampfs auf der

Straße gegen die Besteuerung des Trinkwassers, die de facto jene, die das Geld haben, nicht trifft. Die PolitikerInnen im Dail und ihre Freunde, die haben Steuernesten, die anderen werden für Rückstände bei den „Water Charges“ vor Gericht gestellt. In einer beispielhaften Kampagne wird nach wie vor gegen diese Ungerechtigkeit protestiert.

Ein ArbeitnehmerInnenvertreter mit einem ArbeitnehmerInnenlohn!



Higgins: Kampf auf der Straße

Bestätigung, eine Aufforderung weiter zu kämpfen, sich zu organisieren, sich nichts mehr gefallen zu lassen. Darin liegt die Wichtigkeit dieses Erfolges. Ob man jetzt einen Abgeordneten im Parlament hat oder nicht, ändert an den Ausbeutungsverhältnissen an sich nichts. Das Wahlergebnis ist nicht mehr und nicht weniger als ein Zeichen für die Unterstützung sozialistischer Ideen und vor allem ein Ansporn weiterzumachen - ein deutliches Zeichen dafür, daß der Sozialismus nicht tot ist, ganz im Gegenteil.

Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses wurde Higgins auf seinem Heimweg von jubelnden Menschen umringt. Ein Junge sagte ihm, er solle jetzt ordentlich „ass kicken“. Und das ist genau das, was er tun wird.

Tschechien

Aus für Wunder-Klaus

Jahrelang wurde Tschechien als Musterbeispiel für den erfolgreichen Weg der Restauration des Kapitalismus in einem osteuropäischen Land gefeiert. 1997 steckt die Regierung Klaus in ihrer tiefste Krise und überlebte die Vertrauensfrage nur knapp.

von Vaclav Votrubá
Budoucnost, Prag

Die Opposition schweigt

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre (vom Westen als Erfolg des Kapitalismus bejubelt) fand auf Basis des vorangegangenen Zusammenbruches der Wirtschaft, mit dem Rückgang der Industrieproduktion um 30 % und der landwirtschaftlichen Produktion um 40-50%, statt. Dieser Umstand, sowie die Bedürfnisse einiger Neureicher, die Investitionen in die Infrastruktur und jene einiger ausländischer Firmen (die größte war der VW-Einstieg bei Skoda), war die Grundlage für das starke, aber instabile, Wachstum.

Es folgte eine starke Abwertung der Krone im Mai '97 und zwei Kürzungspakete. IWF und der Sprecher der Tschechischen Nationalbank ČNB, Svehla, verkünden im Chor, die Löhne seien zu hoch. Daher nun die Pläne der Regierung (ganz im Sinn der Unternehmer) Kürzungen der Löhne (vor allem im schlecht bezahlten öffentlichen Dienst), Kürzungen im Sozialsystem, die Privatisierung der staatlichen Banken, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen...

Leider hat die Opposition keinerlei Alternativen, ja sie unterstützen nicht einmal den Widerstand dagegen, geschweige denn selbst einen solchen zu initiieren. Der „Alternative Plan“ der Sozialdemokraten basiert auf der Idee, an die Industrie Geld zu borgen, das von der Bevölkerung durch staatliche Vouchers hereingebrochen werden soll.

Die KP (die bei den Wahlen 10 % erhielt) ruft zu einer Regierung der „Spezialisten“ auf, schweigt sich allerdings aus, wer das sein soll. Der einzige, den sie nennen ist Professor Svejnar von der Akademie der Wissenschaften, der sich für die Währungsabwertung einsetzt.

Für den 1. Juli sind massive Erhöhungen bei den Mieten geplant - in Prag um 100 %, in anderen Städten zwischen 32 und 50 %. Es gibt Erhöhungen bei Gas und Strom und auf der Bahn werden Tarifsteigerungen bereit angekündigt.

Der Unmut über diese Politik drückt sich u.a. in der stark gefallenen Unterstützung (nur mehr 18 % für die Regierung) aus. In der ganzen Gesellschaft herrscht eine Ange-

spannte Stimmung, viele, sehr viele haben Angst davor was die Zukunft bringen wird.

Zahme Gewerkschaft

Die Gewerkschaftsführung schwingt zwar radikale Reden tut aber nichts gegen den Sozialabbau. Falbr, der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsverbandes CMKOS freut sich über das IWF-Lob, die tschechischen Gewerkschaften seien die ernsthaftesten in Osteuropa. Nach der ersten „Reform“-Runde (die u.a. Kürzungen beim Arbeitslosengeld und Familienbeihilfe bedeuten) haben die Bergarbeiter in der Gewerkschaft eingebracht, den Rücktritt des Ministerpräsidenten zu verlangen. Bei der Abstimmung unterlagen sie mit nur einer Stimme! Nach der zweiten „Reformen“-Runde forderten die Eisenbahnarbeiter dasselbe - und Gewerkschaftschef Falbr redet sich darauf aus, daß die Führung der Gewerkschaft etwas derartiges nicht beschließen könne, sondern bis zum nächsten Gewerkschaftskongress 1998 gewartet werden müsse!

Selbst die Gewerkschaftsführung rechnet mit einem heißen Herbst. „Erst wenn die Menschen alle Auswirkungen der Kürzungen und der Deregulierung erlebt haben, werden sie sich wehren“, sagen die Gewerkschaften.



Klaus als Kürzungsmeister

schaftsbürokraten und versuchen damit nun Widerstand vor der Einführung der „Reformen“ zu verhindern.

Widerstand gegen Kapitalismus

Es gibt Widerstand - z.B. auf regionaler Ebene gegen die Schließung von Schulen, Spitäler, Bahnhöfen. Die Bergarbeiter wehren sich gegen die Pläne, eine Mine in Mähren zu schließen, die Eisenbahner (die im Februar einen 7-tägigen Streik gewonnen haben) wehren sich gegen Pläne 30 % des Bahnnetzes zu privatisieren. Die „Youth Rights Charta“, in der SozialistInnen von Budoucnost aktiv sind, hat eine Kampagne gegen die Kürzungen im Bildungswesen mit dem Ergebnis geführt, daß die Pläne für die Schließung einer Schule zurückgenommen wurden. Der Widerstand beginnt!

Juli/August 1997

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS

FPÖ

Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International

öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 75

FPÖ schießt auf unsere Rechte!

Schnellgerichte gegen Jugendliche, Aufrüstung der privaten Haushalte, Lauschangriff & Rasterfahndung bis ins Klo: Die FPÖ ist immer zu Stelle. In Oberösterreich wurde - im Hinblick auf Landtags- und Gemeinderatswahlen im Herbst - von der FPÖ in Gmunden ein privater Sicherheitsdienst angeheuert. Die Bevölkerung soll wohl so vor Ausländern und subversiven Elementen „beschützt“ werden.

von Karin Wottawa
SOV Wien Mitte

Tatsächlich bescheinigen alle Daten, daß Gmunden in „sicherheitspolitischer Hinsicht“ eine „durchschnittliche Gemeinde“ ist. In Wahrheit hat diese Aktion wohl andere Gründe! Die FPÖ versucht massiv, Unsicherheit in der Bevölkerung zu schüren, verbreitet Angst und Schrecken und versucht zwischen die EinwohnerInnen der Gemeinden gezielt einen Keil zu treiben. Es wird ein geschicktes Doppelspiel betrieben: Die Freiheitlichen als „Aufdecker und Angstmacher“. Und die FPÖ als treibende Kraft, die dem ein Ende setzt. Das Ganze wird „gewürzt“ mit einer Portion Hetze und der Verbreitung von Halbwahrheiten.

Stimmungsmache

Die Haider-Partei will damit Stimmung machen und Wähler keilen, voraus schickt sie die Sorge um die Sicherheit der Bürger! Der „Standard“ beschrieb in einem Kommentar eine weitere Dimension der Gmundener Vorgänge: Die FPÖ möchte so einen Schritt Richtung privater Parteidrohung gehen. Sollen die verbalen Ankündigungen, wie Haider gedenkt mit seinen Gegnern umzugehen, jetzt in die Praxis umgesetzt werden? Selbstredend tritt die FPÖ auch für noch größere Polizeibefugnisse als die Regierung ein, die ohnehin Lausch-angriff und Rasterfahndung plant.

Programmatischer Hintergrund

Der starke Staat war immer schon

eine Antwort der Rechten in Zeiten wachsender politischer und sozialer Instabilität. Die USA zeigen der FPÖ wie man es macht: In einzelnen Bundesstaaten wird dort schon mehr für Gefängnis als für das Schulwesen ausgegeben. Der Entwurf des neuen FPÖ-Parteidoktrins weist in dieselbe Richtung. Dort heißt es im Artikel IX „Recht und Ordnung - Staat“, daß „Lebenslange Freiheitsstrafen auch als solche verbüßt werden müssen“. Auch die Forderung „da es ureigenste Aufgabe des Staates ist, dem Sicherheitsbedürfnis seiner Bürger zu entsprechen, werden Experimente (außergerichtlicher Tausgleich?, Bewährungshilfe?, Freigang? Anm.) mit Utopien auf Kosten der Sicherheit der Bürger abgelehnt.“

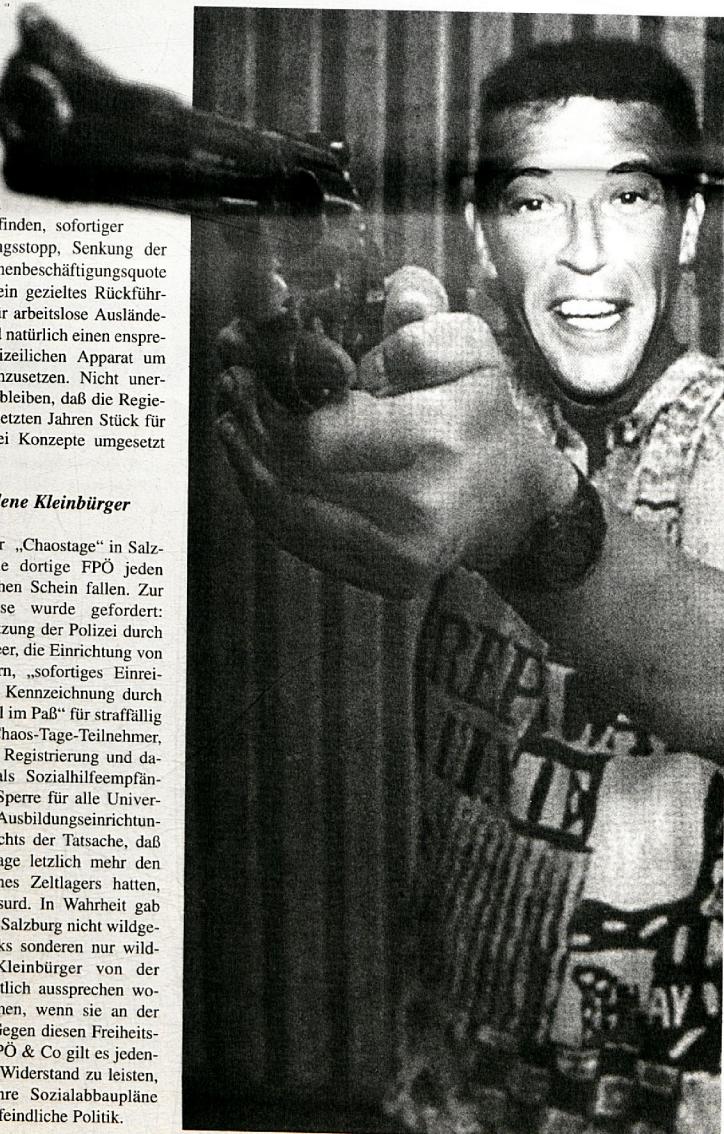
Schräferer Strafvollzug

Im Strafvollzug muß daher der Schutz der Gesellschaft einen höheren Stellenwert besitzen, als die Re-socialisierung der Straftäter“. Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens auch, daß die FPÖ in ihrer derzeitig verfügbaren Parteidoktrin sich gegen (...) eigenmächtige Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse (...) richtet. Bleibt die Frage offen, wie sich das mit Vorgängen in Gmunden vereinbaren läßt. Aber die FPÖ und die Rechte im allgemeinen fand ja noch nie etwas dabei, bei jedem Taschenmesser, das bei einer Demonstration gefunden wird, „linksextrem Terror“ zu schreien und gleichzeitig z.B. gegen die Verschärfung des Waffengesetzes zu sein. In das „Sicherheit“-Gesamtkonzept gehört auch die staatliche Behandlung von AusländerInnen: Konsequente Abschiebung, Aufhe-

bung von Grundrechten um illegale zu finden, sofortiger Einwanderungsstop, Senkung der AusländerInnenbeschäftigung auf 6-8 %, ein gezieltes Rückführprogramm für arbeitslose AusländerInnen,... und natürlich einen entsprechenden polizeilichen Apparat um das alles umzusetzen. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß die Regierung in den letzten Jahren Stück für Stück dererlei Konzepte umgesetzt hat.

Wildgewordene Kleinbürger

Im Zuge der „Chaostage“ in Salzburg ließ die dortige FPÖ jeden rechtstaatlichen Schein fallen. Zur Vorgangsweise wurde gefordert: Die Unterstützung der Polizei durch das Bundesheer, die Einrichtung von Schnellrichtern, „sofortiges Einreiseverbot und Kennzeichnung durch einen Stempel im Paß“ für straffällig gewordene Chaos-Tag-Teilnehmer, „europaweite Registrierung und damit Sperrung als Sozialhilfempfänger“ sowie „Sperrung für alle Universitäten und Ausbildungseinrichtungen“. Angesichts der Tatsache, daß diese Chaostage letztlich mehr den Charakter eines Zeltlagers hatten, besonders absurd. In Wahrheit gab und gibt es in Salzburg nicht wildgewordene Punks sondern nur wildgewordene Kleinbürger von der FPÖ, die deutlich aussprechen, wonach sie träumen, wenn sie an der Macht sind. Gegen diesen Freiheitsbegriff von FPÖ & Co gilt es jedenfalls genauso Widerstand zu leisten, wie gegen ihre Sozialabbaupläne und ausländerfeindliche Politik.



Dieses Bild ist eine Fotomontage

Wir sind auch im Sommer aktiv! Mach mit - ruf an: 01-524 63 10